

Gegenstand: Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Speyerer Stadtrats und der Stadtspitze zum Krieg in der Ukraine

Die [gemeinsame Erklärung](#) ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende verweist auf den Inhalt des Dokuments, das durch die Linksfraktion initiiert und mit den Ratsmitgliedern in Vorfeld abgestimmt wurde. Die Resolution wird von einer überwältigenden Mehrheit der Stadtratsmitglieder und vom Stadtvorstand in seiner Gesamtheit unterstützt.

Herr Schneider, der sich zur Tagesordnung gemeldet hatte, spricht von einem öffentlichkeitswirksamen Etikett ohne praktische Wirkung. Die ersten 5 Absätze könnte seine Wählergruppe unterstützen. Der Aufruf des Städtetagspräsidenten unter 6. zur Aufnahme von Flüchtlingen sei zwar insofern berechtigt, als es sich hier um echte Kriegsflüchtlinge aus Europa handelt, werde aber die Wohnungsnot weiter verschärfen. Sie führe zur unkontrollierten Masseneinwanderung, organisiert durch kriminelle Schleuserbanden. Das Ganze gehe zu Lasten der Geringverdiener, die bereits jetzt Probleme hätten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wer das will, muss das auch transparent kommunizieren. Die Wählergruppe lehnt eine kollektive historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine quasi wie eine Erbschuld ab; eine solche wäre dann auch für Russland gültig. Außerdem distanziert man sich scharf von allen Maßnahmen im Zusammenhang mit der NGO der „Sicheren Häfen“, die er in einem linksradikalen Kontext sieht.

Herr Popescu als Initiator der Erklärung sieht darin ein richtiges Zeichen zu der kriegerischen Auseinandersetzung über Parteigrenzen hinweg. Sie sei inhaltlich in jedem Wort unverzichtbar und im Text nicht verhandelbar. Er lege keinen Wert auf die Unterschrift von Herrn Schneider, der mit seiner Haltung nur das Klientel seiner „Kameraden“ bedienen will.

Die Vorsitzende dankt für die große Solidarität in der Gesellschaft. Sie weist strikt von sich, Masseneinwanderung zu unterstützen oder Kriegsängste zu schüren. Die Vorgänge in Russland und der Ukraine beweisen erneut, welches Privileg es ist, unterschiedliche Meinungen äußern zu können und gelten zu lassen.

Herr Czerny lehnt Kriege voll und ganz ab. Die deutsche Regierung hat nach seiner Meinung nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Eine klare Positionierung Deutschlands gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine hätte den Krieg vielleicht verhindert oder könnte ihn beenden.

Sie sei keine Außenpolitikerin, so die Vorsitzende, sondern ein Kind eines Europas, in dem Herkunft und Religion keine Rolle spielen sollten. Es geht hier um Menschen.

Ratsmitglied Claus Ableiter (Freie Wähler/BGS) erklärt ebenfalls seine Unterstützung für die Erklärung.

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Anregungen oder Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Bürgerbegehren nach § 17 a Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz
„Bürgerinitiative Keine Landesgartenschau in Speyer“
[Vorlage: 0979/2022](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die sehr umfangreiche Vorlage der Verwaltung. Das Bürgerbegehren hat die notwendige Unterschriftenzahl erhalten. Die Verwaltung schlägt aber vor, dass in das Verfahren eines Bürgerentscheides erst eingestiegen werden soll, wenn die Entscheidung des Landes zur Ausrichtung der Gartenschau gefallen ist.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgenden Verfahrensvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass das Bürgerbegehren die erforderliche Zahl an Unterstützungsunterschriften erreicht hat.
2. Zur Vermeidung weiterer personeller und finanzieller Aufwendungen wird die Entscheidung des Landes Rheinland-Pfalz über den Zuschlag für die Durchführung der Landesgartenschau 2027 abgewartet.
3. Fällt der Zuschlag auf die Stadt Speyer, wird in der Ratssitzung am 28.04.2022 vom Stadtrat die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt und ein Termin für den von der „Bürgerinitiative Keine Landesgartenschau in Speyer“ erfolgreich angestrebten Bürgerentscheid festgelegt. Hilfsweise kann der Rat auch den Beschluss vom 16.09.2021 mit der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder aufheben.
4. Erhält eine andere Bewerberstadt den Zuschlag für die Landesgartenschau 2027, haben sich Ratsbeschluss vom 16.09.2021, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid erübrigt.

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Ergebnishaushalt 2021; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 11410.5231300 (Zentrales Gebäudemanagement; Gebäudeunterhalt); Eilentscheidung nach § 48 GemO zur Kenntnisnahme
[Vorlage: 0982/2022](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Stadtrat nimmt die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 475.000 € bei HHSt. 11410.5231300 (Zentrales Gebäudemanagement; Gebäudeunterhalt) zustimmend zur Kenntnis.

Gegenstand: Finanzhaushalt der Waisenhausstiftung 2022; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Verbindung mit § 6 der Stiftungssatzung bei HHSt. 36301.0960003 (Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe; Anlagen im Bau)
[Vorlage: 1010/2022](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Laut Vorsitzender hat sich ein deutlich erhöhter Aufwand entwickelt, leider wurde der Anhang aus dem Architektenbüro nicht mitgegeben. Danach gab es unvorhersehbare Kostensteigerungen. Die Maßnahme dient auch dem Erhalt einer Speyerer Firma am Standort

Herr Oehlmann bittet um eine kurze Darstellung der Zusammensetzung der Mehrkosten, da es doch um einen erheblichen Betrag geht. Laut Vorsitzender handelt es sich um tatsächliche Kostensteigerungen bei den Materialkosten, Mehraufwendungen für den Brandschutz und den Einbau einer Lüftungsanlage für die Produktion der Firma.

Frau Dittus (FBL 1) ergänzt, dass sich die Preise für Baumaterialien seit 2019 um 20 bis 30 % erhöht haben, was erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtmaßnahme hat. Herr Ableiter bestätigt diese Kostensteigerungen, die auch die Universitätsverwaltung zu spüren hat.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 1.105.770,00 € bei HHSt. 36301.0960003 (Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe; Anlagen im Bau).

Gegenstand: Verkehrsführung im Bereich Postplatz

Vorlage: 0972/2022/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die intensive gemeinsame Sitzung durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion und den Verkehrsausschuss am 02.03.2022, die das Vorhaben deutliche Schritte weitergebracht hat, weshalb auch die Vorlage angepasst wurde. Sie werde noch 2 ergänzende Änderungen zur Vorlage einbringen.

Eine davon ist redaktionell. Frau Trageser-Glaser hatte darauf hingewiesen, dass in der Begründung auf Seite 3, 2. Absatz, die Rede ist von „einer Minderung von beeinträchtigten Personen durch Lärm und Abgase“. Es muss natürlich lauten „einer Minderung der Beeinträchtigungen für Personen“.

Hinsichtlich der Beschlussempfehlung soll noch aufgenommen werden, dass die Verwaltung bei der Verkehrserprobung beauftragt wird, die Belastung mit Verkehrslärm, Feinstaub und CO₂ gutachterlich zu begleiten.

Frau Münch-Weinmann erwartet, dass in den Fraktionen nach der gemeinsamen Ausschusssitzung abschließend beraten wurde.

Herr Ableiter erkennt große Einigkeit in den Fraktionen, die aber nichts nützt, weil man sich damit von der Wirklichkeit verabschiedet und die Verkehrsgeographie Speyers sowie die gewachsene Orientierung der Bewohnerinnen und Bewohner von Römerberg über die Landauer Straße und den Verkehr von SP-Nord in die südlichen Bereiche der Stadt ausblendet. In diesem Bereich findet kein Durchgangsverkehr von außerhalb statt. Die Schließung führt zum Herzinfarkt auf den Ausweichstrecken, vor allem der Schützenstraße mit dem Bahnübergang. Während in der Gilgenstraße die Geschäfte sind, ist die Mühlenturmstraße eher Wohngebiet. Es wird nicht weniger Verkehr geben, sondern mehr, Geschäftsleute und Gastronomie werden geschwächt. Die FW lehnen diesen Versuch am offenen Herzen ab, man erinnere sich an den halben Infarktversuch unter OB Schineller. Ansonsten wird die Regelung nach 4 Monaten durch ein Bürgerbegehren wieder verschwinden. Zumindest muss ein korrigierender Eingriff möglich bleiben.

Die Vorsitzende erinnert daran, dass die Ratsmitglieder immer noch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger sind. Außerdem fordert sie Mäßigung in der Wortwahl.

Herr Schneider hat 3 Fragen zur Vorlage:

1. In der Begründung zu Variante 1 ist die Rede von Oberer Langgasse und Schützenstraße, im Plan dagegen ist die Untere Langgasse markiert - was stimmt?
2. Was versteht die Verwaltung verkehrstechnisch unter „Kleinräumiger Quartierserschließung“?
3. Was ist in Variante 3 unter einer „Guten Adressbildung für das Quartier“ zu verstehen?

Die kleinräumige Quartiersentwicklung bezieht sich laut Vorsitzender auf die Anbindung der Nebenstraßen, die für Anwohnerinnen und Anwohner sowie den Lieferverkehr der ansässigen Betriebe/Firmen erreichbar bleiben.

Herr Benner (Tiefbauabteilung) erläutert anhand der Präsentation aus dem Ausschuss nochmals visuell die Planungen. Der verkehrsberuhigte Bereich beginnt jeweils an der

Kapuzinergasse und endet an der Unteren Langgasse. Die Verkehrsbeziehungen sind in den einzelnen Varianten allerdings anders gestaltet; dann sollte aus Sicht von Herrn Schneider der Text in der Vorlage geändert werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Begründungen der Vorlage noch den Stand VOR der geänderten Beschlussfassung in den Ausschüssen abbilden. Verwaltung und Ausschüsse schlagen zudem die Variante 3 vor, nicht Variante 1. Herr Schneider vermisst im Begleitchat die Beantwortung seiner 3. Frage.

Die FDP ist laut Herrn Oehlmann jederzeit zu einer Diskussion um die Aufenthaltsqualität auf dem Postplatz bereit. Die Kappung einer innerstädtischen Hauptverkehrsader zum jetzigen Zeitpunkt sei aber zu früh. Andere Maßnahmen, z.B. ein aktuelles Verkehrsleitsystem oder die Auswertung einzelner Versuche sollten im Rat beschlossen werden.

Wegen der zu erwartenden, massiven Mehrbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner an den Ausweichstrecken wird die FDP Verwaltungsvorlage und Stufenplan zur Planung für die Umgestaltung der Verkehrsführung am Postplatz ablehnen.

Herr Dr. Wilke spricht von einem heiklen, sehr vielfältigen Thema. Er macht eine Rückblende auf die Dezembersitzung von ASBK/VA, in der noch vieles unklar war, z.B. auch eine Gesamtuntersuchung der Auswirkungen für das westliche Stadtgebiet. Die jetzige Diskussion sei der richtige Weg und habe die Tiefe, die damals noch gefehlt hat. Er begrüßt die weitere Ergänzung zur Beschlussfassung und die Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Betriebe in der Karmeliterstraße. Es dürfe keine Katastrophe für die Untere Langgasse und die Schützenstraße eintreten und keine Kollateralschäden anderswo geben. Begrüßt wird auch, dass am Ende eine endgültige Entscheidung nach Abschluss der Erprobungsphasen steht. Ein für die CDU wichtiger Baustein sei auch die Mobilitätsstation auf dem Polygongelände.

Frau Dr. Mang-Schäfer befindet die Testphasen für die SWG als grundsätzlich gut. Die Messungen an den Ausweichstrecken zur Mehrbelastung wie auch zum Lärm werden begrüßt, weil einige dieser Bereiche im Lärmkataster ausdrücklich schon als Hotspot markiert sind. Wichtig sei auch ein funktionierendes Parkleitsystem. Spätestens bis Ende der Stufe 2 sollte dieses im Idealfall ab Ortseingang die Besucherinnen und Besucher lenken. Dabei wäre auch eine proaktive Einbindung von Navigationssystemen sinnvoll, um auf Änderungen in Echtzeit reagieren zu können. Sie fragt, ob anderer Schwerlastverkehr in dem Bereich dann nicht mehr zulässig ist. Gefordert wird auch eine klare Formulierung zur abschließenden Beschlussfassung nach Ende der Erprobungsphase. Beides wird von der Vorsitzenden bestätigt.

Für die Ausschussmitglieder der Linken war laut Herrn Popescu nicht klar, dass die Ergänzungen aufgenommen werden. Die Fraktion wird aber trotzdem dagegen stimmen. Man sollte den Verkehrsversuch auch Offenhalten für ein Bürgerbegehren. Es sei falsch von einer Fußgängerzone zu sprechen, selbst die Hauptstraße sei keine wirkliche Fußgängerzone, weshalb auch eine Erweiterung keinen Erfolg bringt. Die Begründung mit ihrer Aufwertung der Postgalerie wird ebenfalls kritisch gesehen. Die Versteifung der Verwaltung und der Ausschüsse auf Variante 3 sei unverständlich.

Frau Heller kritisiert, dass die gesamte Argumentation fast ausschließlich aus der Sicht des Autoverkehrs geführt werde. Der innerstädtische Raum wird gebraucht für ein besseres ÖPNV-Angebot. Die Linke hat den Klimanotstand auf das Tableau gebracht, der zu 25 % vom Verkehr verursacht wird. Autos verbrauchen 60 % des Platzes in der Stadt alleine für das Parken. Man muss den Leuten attraktive Alternativen anbieten, bis die Fußgängerzone 2025 kommt. Sie verweist auf eine Umfrage der Grünen, die auf der Webseite nachzulesen ist. Auch der S-Bahn-Halt Süd muss endlich kommen. Sie spricht sich gegen Abstimmungen nach jeder Versuchsstufe aus.

Die Vorsitzende verdeutlicht, dass dies erst nach Abschluss aller Stufen vorgesehen ist. Sie ist überzeugt davon, dass der Handel davon profitieren wird, wie ein Blick nach Baden-Württemberg zeigt, z.B. in Mannheim.

Die SPD unterstützt durch Herrn Brandenburger Vorlage und Vorgehen im Stufenplan. Die Fraktion hat Gespräche mit Handel/Anwohnern, auch in den Seitenstraßen, geführt. Sinnvoll sei es, die Vor- und Nachteile auf Basis der wissenschaftlichen Begleitung abzuwägen. Perspektivisch begrüßt wird auch die Verlagerung des Busumstiegs vom Postplatz in den Postgraben.

Herr Czerny unterstreicht, er habe 1997 sehr ungern für die erneute Öffnung in beide Richtungen gestimmt, weil die Versuchszeit damals einfach zu kurz war. Man könnte sich heute mit anderen sinnvollen Themen beschäftigen, wäre man damals konsequent geblieben. Er plädiert für eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Anwohnern; daraus erwachsen gute Vorschläge. Die Sperrung des Postplatzes sei eine überfällige Entscheidung. Eine Einbahnregelung in der Oberen und Unteren Langgasse beurteilt er als schwierig. Eine solche ist laut Herrn Benner nur für die Mühlturnstraße geplant, nicht für die Untere Langgasse.

Frau Faust beklagt, dass beim Thema Klimanotstand das Pferd von hinten aufgezäumt wird. Es sei ja durchaus schön, wenn es Verkehrsberuhigung gibt, aber man hätte schon viel früher auf die Wohngebiete eingehen müssen. Dort gibt es viele Straßen, in denen man sich als Radfahrer nicht wohl fühlt. Eine Verkehrsumleitung nach Nord über die Heuß- und Schumacher-Straße sieht sie kritisch, weil es dort sehr viel Wohnbebauung gibt. Deshalb sei eine abschließende Abstimmung im Sinne einer Bürgerbeteiligung unbedingt notwendig.

Die Vorsitzende unterstreicht, die Verwaltung habe die Maßnahmen nicht aus Leichtfertigkeit vorgeschlagen. Auch die Fahrradstraßendiskussion fülle ganze Gremiensitzungen; sie verweist in diesem Zusammenhang auf die geplante Fahrradtour von Frau Münch-Weinmann mit dem Verkehrsausschuss und verbalisiert die Ergänzungen zur vorliegenden Beschlussempfehlung nochmals abschließend.

Hinsichtlich des S-Bahn-Halte-Punkts Süd informiert sie über eine Kleine Anfrage durch Herrn Wagner im Landtag. Bisher war nicht bekannt, dass das Land das Verfahren offenbar auf Eis gelegt hat; unklar ist auch, inwieweit das möglicherweise mit der geplanten Güterzugtrasse zusammenhängt. Sie kündigt diesbezüglich ein Schreiben an die Landesregierung an.

Auf Empfehlung durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion und den Verkehrsausschuss fasst der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen (FDP-Fraktion, Fraktion Die Linke, FW/BGS, WG Schneider) folgende

Beschlüsse:

1. Der Stadtrat der Stadt Speyer beschließt die Variante 3 - Realisierung der Fußgängerzone im Bereich des Postplatzes – zwischen Untere Langgasse in der Bahnhofstraße und Kapuzinergasse in der Gilgenstraße mit weiterer Erreichbarkeit der Mühlturnstraße und der Karmeliterstraße für den Anliegerverkehr. Dies steht unter dem Vorbehalt der Ergebnisse einer mehrstufigen Verkehrserprobung, als Grundlage für die Umstrukturierung des Postplatzes.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung, verkehrsplanerischer Begleitung und Evaluation einer mehrstufigen Verkehrserprobung. Insbesondere in den geplanten Bereichen der Fußgängerzone unter Berücksichtigung der kleinräumigen Quartierserschließung.

3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung weiteren Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung, Optimierung des Verkehrsflusses sowie Verkehrssicherheit im Bereich der Schützenstraße auf Höhe Holzstraße/Mühlturmstraße, sowie im Bereich der Einmündung Schützenstraße/Obere Langgasse zu erarbeiten.
4. Der Stadtrat der Stadt Speyer beauftragt die Verwaltung ein Konzept im Hinblick auf die Abstufung der qualifizierten Straßen (Landesstraßen) mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) auszuarbeiten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, eine gutachterliche Begleitung in Bezug auf Verkehrslärm, Feinstaub und CO₂ in die Versuchsphasen aufzunehmen.
6. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion, sowie dem Verkehrsausschuss sind hierzu, in einer jährlichen Sondersitzung, zusätzlich den öffentlichen Informationsveranstaltungen und Beteiligungsprozessen, die Ergebnisse, Konfliktpunkte sowie mögliche Optimierungen vorzulegen.
7. Nach Abschluss aller Erprobungsphasen entscheidet der Stadtrat abschließend über die endgültige Umsetzung.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**Vorlage: 0980/2022****Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1.) Auf Vorschlag des Jugendstadtrates:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Digitalisierung (04.):	neu: Lukas Nord Carl-Zeiss-Straße 7 67346 Speyer für: Corinna Schlosser	neu: Paula Hemmerich Lina-Sommer-Straße 35 67346 Speyer für: Lukas Nord
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	neu: Vivienne Arbogast Wormser Landstraße 9a 67346 Speyer für: Linnea Brand	neu: Zorana Vijicic Wormser Landstraße 67 67346 Speyer für: Ellinor Friesen
Kulturausschuss (15.):	neu: Lenya Misselwitz Otto-Heß-Straße 30 67346 Speyer für: Lars von Lips	neu: Leni Sand Kettelerstraße 41 67346 Speyer für: Alexander Martirosyan
Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit (06.):	neu: Sophia Misske Siegbertstraße 5 67346 Speyer für: Emma Flörchinger	neu: Zara Merz Maulbronner Hof 16 67346 Speyer für: Eleni Thanou
Jugendhilfeausschuss (14.):	neu: Gloria Przystacki Lindenweg 12a 67346 Speyer für: Niklas Stocker	neu: Alexander Martirosyan Gilgenstraße 16 67346 Speyer für: Annabell Hack
Schulträgerausschuss (18.):	neu: Emma Meyer Im Oberkömmerer 28 67346 Speyer für: Sophia Bödecker	neu: Alina Friesen Lavendelweg 5 67346 Speyer für: Alexander Martirosyan
Sozialausschuss (19.):	neu:	neu:

	Yannik Naunin Carl-Schalk-Straße 31 67346 Speyer für: Dorian Markovic	Rouven Hack Siegbertstraße 5 67346 Speyer für: Sohal Jafari
Verkehrsausschuss (28.):	neu: Bastian Bubbel Pulvermühlweg 37 67346 Speyer für: Henrike Misske	neu: Daryana Dost Dudenhofer Straße 8b 67346 Speyer für: Bastian Bubbel

2.) Auf Vorschlag der Elternausschüsse der Kindertagesstätten:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertretung:
Jugendhilfeausschuss (14.):	<i>unverändert</i> (Alexandra Stumpp)	neu: Eva Novack Ahornweg 7a 67346 Speyer für: Martina Elsner

3.) Auf mündlichen Vorschlag der Stadtratsfraktion Die Linke in der Sitzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	<i>unverändert</i> (Rolf Krzon)	neu: Karl-Heinz Erny Herdstraße 5 67346 Speyer für: Aurel Popescu

4.) Auf mündlichen Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion in der Sitzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	<i>unverändert</i> (Michael Neugebauer)	neu: Dr. Sarah Mang-Schäfer für: Dr. Wulf Heisel

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
Vorlage: 0981/2022, ergänzende Tischvorlage: 1012/2022

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass aktuell rund 38.000 € auf dem Spendenkonto für die Opfer des Ukrainekrieges eingegangen sind. Wie hoch die Hilfsbereitschaft ist, zeigt die lange Liste in der Ergänzungsvorlage.

Sozialdezernentin Kabs unterstreicht, dass jeder Euro willkommen ist. Sofern die Geflohenen Bargeld bei sich führen, ist das nichts mehr wert, weil der Devisenhandel mit der ukrainischen Währung ausgesetzt ist und nicht gewechselt wird. Die Menschlichkeit rückt wieder zusammen. Es gibt eine Welle der Hilfsbereitschaft. Sie richtet ein großes Dankeschön an alle Beteiligten, die sie „ihr Speyer“ nennt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende informiert über die Einladung zur Jurysitzung für die Wahl des/der Sportler/in des Jahres; um zahlreiche Teilnahme wird gebeten.

Sitzungsdienst: Ab April 2022 ist vorgesehen, Gremiensitzungen wieder in Präsenz im Stadtratssitzungssaal durchzuführen, sofern das Infektionsgeschehen das zulässt.

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9.1

Gegenstand: Rücknahme des Anwesens „Am Heringsee 10“ wegen Nichterfüllung der Bauverpflichtung

Die Vorsitzende bedauert den Sachverhalt. Die Verwaltung wird aber einen neuen Vorschlag erarbeiten und zur Entscheidung vorlegen. Der Stadtrat nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis.

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10.1

Gegenstand: Ernennung von Beamt*innen;

Beschluss:

Auf Empfehlung des Personalausschusses von heute beschließt der Stadtrat einstimmig die Ernennung.

29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.03.2022



29. Sitzung des Stadtrates 10.03.2022 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!